

Lügen, wenn's ernst wird?

Von Rupert M. Scheule, 15.09.2012

Man nannte es das Werk eines übellaunigen alten Mannes, sprach von einem Amoklauf gegen den gesunden Menschenverstand und vom Rigorismus einer verirrten Pflichtenethik, die sich nun in ihrer ganzen Hässlichkeit zeige. Kants Essay »Über ein vermeintes Recht, aus Menschenliebe zu lügen«, 1797 publiziert, hat im Lauf von zwei Jahrhunderten nicht viele Freunde gewonnen. Den Gedankengang des Philosophen überzeugend zu widerlegen ist seinen Kritikern bislang aber auch nicht gelungen. Worum geht es in dem Text?

Ein französischer Autor namens Benjamin Constant hatte »einem deutschen Philosophen« vorgehalten, er behaupte gegen alle moralische Intuition, dass man selbst einem Mörder die Wahrheit sagen müsse, der uns fragt, »ob unser von ihm verfolgter Freund sich nicht in unser Haus geflüchtet« habe. Kant hatte das bis dato zwar nie derart zugespitzt behauptet, machte sich aber sofort bereitwillig zum Verteidiger dieser Position. In der genannten Schrift betont er, dass es grundverkehrt sei, Lügen danach zu beurteilen, ob sie jemandem nützten oder schaden. Lügen als solche seien verwerflich. Denn wenn ich lüge, dann mache ich, »so viel an mir ist, daß Aussagen überhaupt keinen Glauben finden, mithin auch alle Rechte, die auf Verträgen gegründet werden, wegfallen und ihre Kraft einbüßen; welches ein Unrecht ist, das der Menschheit überhaupt zugefügt wird«. Im Grunde legt uns Kant eine sozialetische Theorie der Wahrhaftigkeit vor, die einen engen Zusammenhang konstruiert zwischen persönlicher Ehrlichkeit und stabilen sozialen Verhältnissen: Wer sich das Recht herausnimmt, auch mal die Unwahrheit zu sagen, wenn die Wahrheit seiner Meinung nach zu viel Unheil anrichten würde, kann niemanden verurteilen, der - seinerseits womöglich auch aus bester Absicht - es ebenfalls mit der Wahrheit nicht so genau nimmt. Wie lange aber gälte noch die Unterschrift, die wir unter Verträge setzen, wenn wir diese Fall-zu-Fall-Wahrhaftigkeit allgemein akzeptierten? Nur solange uns der Vertragsbruch nicht vorteilhafter erschiene, - was die Verträge ziemlich wertlos und unser Zusammenleben unerträglich schwierig machte. Nur wer sich bereit finde, auch unter extremen Bedingungen bei der Wahrheit zu bleiben, sei der Gesellschaft eine Stütze im Kampf gegen das Chaos des allgemeinen Vertragsbruchs, so der Königsberger.

Nun leben wir ja in einer Zeit offen vollzogener Vertragsbrüche großen Stils. Griechenland kann ein ums andere Mal seine Verpflichtungen aus den Verträgen mit IWF und EU nicht erfüllen, die EZB kündigt an, notfalls jenseits ihres eigentlichen Mandats der Erhaltung von Geldwertstabilität die Haushalte angeschlagener Länder mitzufinanzieren, indem sie wertlose Staatsanleihen aufkauft. Die Ministerpräsidenten von Italien und Spanien wollen einerseits ihre Länder unter den Schirm des ESM führen, versichern aber andererseits, sich im Falle von Hilfen nicht in ihre Haushalte hineinregieren zu lassen, - entgegen dem vorgesehenen Rettungsregime des ESM. Frei nach Kant: Rechte und auch Pflichten, die auf Verträgen gegründet werden, scheinen derzeit tatsächlich ihre Kraft eingebüßt zu haben.

Wenn Kant richtig liegt mit seiner sozialetischen Wahrhaftigkeitstheorie, wäre es vielleicht an der Zeit zu fragen, welche *individualethischen* Auswirkungen die Serie öffentlicher Vertragsbrüche hat. Dass angesichts der Krise eine gewisse Lässigkeit in Fragen der Wahrhaftigkeit eingekehrt ist, mag zumindest für Teile der politischen Klasse stimmen. So gab Jean-Claude Juncker, der Chef der Euro-Gruppe, schon im vergangenen Jahr die Devise aus: »When it becomes serious, you have to lie«. Ganz offensichtlich ordnete er seine persönliche Wahrhaftigkeit der »Beruhigung der Märkte« unter. Und wann immer Juncker seither das Wort ergreift, fragt sich die europäische Öffentlichkeit, ob die Lage aus Junckers Sicht mal wieder »serious« ist oder ob man ihm gerade glauben darf.

Nach aktuellen Umfragen gilt Ehrlichkeit hierzulande immer noch als eine der wichtigsten Tugenden. Dass das so bleibt, ist aber nicht nur eine Frage persönlicher Moral. Wenn Vertragsbrüche, Rechtsbeugungen und öffentliches Schummeln weiterhin den Politikstil der Euro-Krise bestimmen, wird dies zurückwirken auf den Einzelnen, der sich immer häufiger die Frage stellt, ob er sich überhaupt noch in einem moralischen Kontinuum mit der Politik befindet. Womöglich steht er ja längst schon auf verlorenem Posten mit seinem persönlichen Ringen um Ehrlichkeit gegenüber den Menschen, die ihn umgeben.

Der Euro steht auf dem Spiel. Möglicherweise aber auch unsere Kultur der Wahrhaftigkeit.